



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

Rede

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Helmut Schleweis

anlässlich der Pressekonferenz (Video-/Telko):

zum Weltspartag 2021

am 28. Oktober 2021 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Pressekonferenz zum Weltspartag 2021. Unser diesjähriges Vermögensbarometer ist geprägt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie,

- die Niedrigzinsphase
- und die deutlich anziehende Inflation.

Was bedeutet das alles für die Menschen in Deutschland? Und welche Konsequenzen ziehen sie für ihre finanziellen Entscheidungen? Antworten auf diese Fragen bietet das Vermögensbarometer. Dies sind die wichtigsten Erkenntnisse:

- Es herrscht eine große Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation.
- Trotz geringerer Pandemieeinschränkungen gibt es noch keinen Konsumboom.
- Die anziehende Inflation besorgt viele Menschen. Sie sind weiterhin vorsichtig und sparen, statt zu konsumieren.
- Und bei der Anlageentscheidung spielt Nachhaltigkeit eine immer wichtigere Rolle. Die Jungen nehmen hier eine Vorreiterrolle ein.

Für die diesjährige Studie wurden vom 1. bis 15. Juli rund 4.800 Menschen ab 14 Jahren online befragt. Monate können in Zeiten einer weltweiten Pandemie einen großen Unterschied machen. Die Situation ist volatil. Deshalb haben wir Anfang Oktober noch einmal nach den Einschätzungen der Menschen gefragt. Lassen Sie uns etwas detaillierter auf die Ergebnisse schauen.

Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt deutlich besser durch die Corona-Pandemie gekommen, als die meisten Beobachter im vergangenen Jahr erwartet hatten:

- Die Insolvenzzahlen sind vergleichsweise gering.
- Die gute Eigenkapitalausstattung hat den mittelständischen Unternehmen durch die Krise geholfen.
- Die Kreditversorgung hat jederzeit funktioniert.
- Und die staatlichen Hilfsprogramme waren groß dimensioniert.

Gleichwohl haben die Folgen der Corona-Pandemie einige Branchen hart getroffen. Besonders das Gastgewerbe sowie die Kulturwirtschaft mussten spürbare Einschnitte hinnehmen. Gleiches gilt auch für Solo-Selbständige und Mini-Jobber.

Allerdings beurteilen 43 Prozent der Menschen – bei der zweiten Befragung im Oktober sogar 45 % - ihre gegenwärtige finanzielle Situation als „gut“ oder sogar „sehr gut“. Das sind genauso viele wie 2019, dem letzten Jahr vor der Corona-Krise. Und auch der Anteil derjenigen, die die eigene Lage als „schlecht“ oder „eher schlecht“ einstufen, ist nur um einen einzigen Prozentpunkt gestiegen und liegt sogar leicht unter dem Niveau von 2017.

Seit 2016 ist die finanzielle Zufriedenheit kontinuierlich gestiegen – um insgesamt 12 %Punkte. Seit 2005 hat sich der Anteil der Zufriedenen sogar verdoppelt. Daran hat Corona nichts geändert.

Ich finde dies einen erfreulichen und ganz erstaunlichen Befund. Schließlich kommen wir gerade schrittweise aus einer der größten globalen Krisen der letzten Jahrzehnte. Ein solch gutes Ergebnis hätte wohl 2020 niemand erwartet.

Offensichtlich ist es gelungen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Menschen vergleichsweise gering zu halten. Ich spreche vom Durchschnitt. Ich weiß, dass es Einzelnen anders geht. Diese Zufriedenheit darf aber nicht dazu verführen, notwendige Hausaufgaben für morgen zu unterlassen. Denn die zweite Befragung in diesem Monat zeigt eine wieder zurückgehende Zufriedenheit. Durch die verschiedenen Lockdowns haben die Menschen bei meist unveränderten Einkommen nur wenig ausgeben können. Ein steiler Anstieg der Sparquote war die Folge: Üblicherweise lag diese in den vergangenen 25 Jahren zwischen 9 und 11 Prozent. 2020 stieg sie dann sprunghaft auf 16,1 Prozent. Zwischenzeitlich lag sie sogar bei 19 Prozent. Für das Gesamtjahr 2021 erwarten wir immer noch rund 15 Prozent.

Als Sparkassen merken wir das in enorm steigenden Einlagen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres waren die Einlagen um 24,9 Milliarden Euro höher als im Vorjahreszeitraum. Jetzt werden die Einschränkungen des öffentlichen Lebens nach der Pandemie schrittweise abgebaut. Und viele Menschen haben Geld.

Alle Erfahrungen mit auslaufenden Pandemien in der Geschichte hätten erwarten lassen,

- dass jetzt der Konsum deutlich steigt,
- dass die Menschen das Leben wieder feiern und Geld ausgeben.

Dieses Mal ist das aber anders:

- 42 Prozent der Befragten haben ihr Konsumverhalten in den vergangenen 12 Monaten eingeschränkt. Das war nachvollziehbar.
- 65 Prozent wollen ihr Konsumverhalten aber auch künftig unverändert lassen.
- Und fast ein Viertel (24 Prozent) aller Befragten will die Sparbemühungen sogar noch ausweiten oder hat das bereits getan.

Das ist auf den ersten Blick erstaunlich und bedarf einer genaueren Betrachtung. Meine Einschätzung ist: Die Sorge vor der nächsten Krise ist groß. Die Menschen sind vorsichtig und halten ihr Geld zusammen. Grund dafür sind tiefgreifende Verunsicherungen und Sorgen um die Zukunft. Denn trotz aktuell guter individueller Situation hat rund die Hälfte der Bevölkerung die Sorge, ob der eigene – manchmal bescheidene – Wohlstand gehalten werden kann. Der Klimawandel einerseits und die Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie spürbare Preisanstiege spielen hier eine entscheidende Rolle. Man kann das Ergebnis der Bundestagswahl auch so lesen:

- Der Klimawandel sorgt für Ängste mit Blick auf die eigene ökonomische Situation und auf den sozialen Zusammenhalt. Viele spüren ja bereits wirtschaftliche Auswirkungen.
- Und umgekehrt wollen die meisten Menschen aber auch nicht mit ihrem Wohlstand das Klima gefährden.

Diese Ambivalenz führt zu einer tiefen Verunsicherung. Ich sehe in dieser Zukunftssorge auch den Grund dafür, dass vor allem jüngere Menschen angeben, ihr Sparverhalten ausweiten zu wollen oder das bereits getan zu haben. Gut zwei Fünftel (42 Prozent) sind es in der Altersgruppe von 14 bis 29 Jahren, ein knappes Drittel (31 Prozent) in der Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren. Vorsicht ist gut. Wir müssen aber aufpassen, dass die Vorsicht nicht in Zukunftsangst umschlägt. Es gibt Anzeichen dafür aus anderen Studien.

Meine Damen und Herren, obwohl der Konsum gar nicht so stark zunimmt, steigen aktuell die Preise stark an. Die Sorge vor der Inflation ist wieder da. Und ich halte sie auch für berechtigt. In Deutschland hatten wir im September eine Preissteigerung um 4,1 %. Im gesamten Euroraum beträgt sie 3,4 Prozent. Das ist ein Ausmaß, das wir seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Das ist bei den Menschen angekommen.

24 % der Deutschen hatten bereits im Juli dieses Jahres Sorgen hinsichtlich Geldpolitik und Zinsen – das war noch vor dem zuletzt starken Anstieg der Preissteigerung.

- Jetzt im Oktober haben diese Sorge 31 % - 7 %Punkte mehr als vor drei Monaten. Wir sehen also, wie starkdiese Sorgen zunehmen.
- 63 % im Juli, jetzt im Oktober sogar 73 % sehen die Inflationsentwicklung kritisch – 85 % der Älteren und sogar 61 % in der jüngsten Befragungsgruppe – einer Generation ohne eigene Inflationserfahrung.

Aus meiner Sicht ist diese Entwicklung gefährlich. Sie soll nicht verharmlost werden nach dem Motto: Das ist ein vorübergehender Effekt nach der Corona-Krise, es wird schon wieder vergehen. Natürlich gab und gibt es kurzfristige Effekte: Die wieder erhöhte Mehrwertsteuer oder auch Lieferprobleme. Es gibt aber viele Faktoren, die für einen anhaltenden Preisauftrieb sprechen: Die – notwendige – Energiewende spielt dabei eine große Rolle. Ich befürchte deshalb: Die Inflation wird so schnell nicht wieder gehen.

Schon in den letzten Jahren war bei niedrigsten Zinsen eine reale Vermögenssicherung, gar ein Vermögensaufbau sehr herausfordernd. Niedrigstzinsen bei hoher Inflation: Das ist jetzt wirklich eine toxische Mischung. Für Anlegerinnen und Anleger wird die Situation unerträglich. Sie werden schleichend entreichert. Es droht aus meiner Sicht parallel dazu ein deutlicher Vertrauensverlust in das Stabilitätsversprechen der Europäischen Währungsunion. Der Rücktritt des Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann ist in diesem Zusammenhang eine wirklich schlechte Nachricht. Denn vor allem er war das personifizierte Stabilitätsversprechen. Ich sehe deshalb gleich mehrere Gründe, weshalb der EZB-Rat im Dezember dringend die Weichen für einen Ausstieg aus der ultra-expansiven Geldpolitik stellen muss. Aus meiner Sicht muss das in drei Schritten erfolgen:

- Schritt eins sollte die Beendigung der pandemiebedingten Sonderprogramme sein.
- Parallel dazu halten wir als Schritt zwei eine deutliche Erhöhung der Freibeträge bei den Einlagenfazilitäten für erforderlich. Nur so kann vermieden werden, dass die Einlagenschwemme zu einem dauerhaften Substanzverlust der Kreditinstitute führt.
- Und der dritte und ganz wichtige Schritt muss dann eine Überwindung der negativen Leitzinsen sein. Damit sollte schrittweise im kommenden Jahr

begonnen werden.

Natürlich kann man nicht schwungvoll einen geldpolitischen Kurs wenden, der lange – aus meiner Sicht schon zu lange – gefahren worden ist. Es ist aber wichtig, diese Kurswende noch in diesem Jahr kommunikativ einzuleiten. Die EZB ist hier gefordert. Natürlich ist auch die Wirtschaftspolitik gefragt. Die Erfahrungen in der Corona-Pandemie, beim Unfall im Suez- Kanal und die jetzigen Lieferengpässe zeigen: Europa muss bei Schlüsseltechnologien und wichtigen Zulieferprodukten seine Abhängigkeit von globalen Zulieferern dringend verringern. Das ist sicher eine Kernaufgabe einer neuen Regierungskoalition.

Wie bilden nun die Menschen unter diesen Bedingungen Vermögen? Und wie und wo investieren sie? Hier sehen wir zwei interessante Befunde:

- 35 % der Menschen zwischen 20 und 50 Jahren planen einen Immobilienerwerb – das sind beachtliche 8 Prozentpunkte mehr als 2020. Der Traum vom Eigenheim ist also ungebrochen. Die Pandemieerfahrungen haben ihn eher noch verstärkt.
- Bei der Frage, welche Produkte sich für den eigenen Vermögensaufbau eignen, liegt die selbstgenutzte Immobilie allerdings erst auf Platz 5 – mit einem Rückgang um 3 Prozentpunkte gegenüber 2020. Platz 1 und 2 halten die Aktie und die Investmentfonds.

Was bedeutet das nun für die Zukunft? Ich denke, es geht vor allem um zwei wichtige Schlussfolgerungen:

Zum einen: Die Menschen liegen absolut richtig mit ihrer Einschätzung, dass Wertpapier-Engagements heute fast die einzige Möglichkeit sind, sich einen angemessenen Anteil am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs zu sichern.

Folgerichtig hat sich die Anzahl der Wertpapierdepots bei den Sparkassen erhöht: Seit Jahresbeginn bis August 2021 ist sie um rund 174.000 gewachsen.

Im Wertpapiergeschäft mit Privatkunden verzeichneten die Sparkassen in den ersten acht Monaten des Jahres 2021 Umsätze in Höhe von 94,1 Milliarden Euro. Mit einem Plus von 17,2 Prozent lagen sie nochmals erheblich über den schon sehr hohen Umsätzen im gleichen Zeitraum 2020.

Zum anderen: Die Menschen sind aber auch realistisch, dass der Traum des Wohneigentums für viele wohl leider ein Traum bleiben wird, wenn sich nicht etwas ändert. Denn für viele Normalverdiener ist Wohneigentum heute kaum mehr bezahlbar. Das ist für ein Land wie Deutschland ein fatales Signal. Gründe dafür sind hohe Grundstücks- und Baupreise, aber auch die hohen Erwerbsnebenkosten, nicht

zuletzt eine viel zu hohe Grunderwerbsteuer. Wenn Immobilien wegen des Klimaschutzes jetzt noch teurer werden, wird bezahlbares Wohnen, wird Eigentumserwerb für noch größere Teile der Bevölkerung zum Problem. Angesichts der europaweit niedrigsten Eigentumsquote in Deutschland und mit Blick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen scheint uns deshalb eines sehr wichtig: Wir brauchen in Deutschland neben Förderprogrammen für energetische Sanierungen auch eine politische Initiative zur Förderung des Wohneigentums. Wohneigentum ist und bleibt der entscheidende Schlüssel für eine erfolgreiche Vermögensbildung und Altersvorsorge. Eine gute Maßnahme wäre zweifellos die Entlastung von Bauherren und Käufern bei der Grunderwerbsteuer, zum Beispiel durch einen Freibetrag für Ersterwerber. Auch bei der geplanten Reform der privaten Altersvorsorge darf das Wohneigentum nicht aus dem Blick geraten.

Jahrelang waren Sicherheit, Verfügbarkeit und Flexibilität die Spitzenreiter bei der Frage, welche drei Faktoren den Menschen beim Vermögensaufbau am wichtigsten sind. 2021 rückt die Rendite in die Top Drei auf. Nicht mehr vorne dabei ist die Verfügbarkeit. Dieser Befund zeigt:

Sparerinnen und Sparer sind bewusster geworden, dass Wertzuwachs in Rendite nicht mehr selbstverständlich ist. Man muss Rendite durch eine gute Anlagestrategie suchen.

Beim Thema nachhaltige Geldanlagen tut sich Erfreuliches – zumindest beim Interesse. Ein Drittel der Deutschen hat sich inzwischen bereits mit nachhaltigen Geldanlagen befasst. Besonders stark ist das ein Thema für die Jüngeren – für 40 Prozent der 14- bis 29-Jährigen und 42 Prozent der 30- bis 39-Jährigen. Allerdings gibt es noch eine große Lücke zwischen Interesse und tatsächlichem Tun: Nur 7 % haben bereits in nachhaltige Geldanlagen investiert. Aus meiner Sicht wird nachhaltiges Investieren das wichtigste Anlagethema der nächsten Jahre. Um bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden, sind pro Jahr rund 250 Milliarden Euro oder etwa siebeneinhalb Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erforderlich. Niemals wird es dem Staat allein möglich sein, eine solche Summe aufzubringen. Die Aufgabe wird nur mit privatem Kapital zu stemmen sein.

Ich halte es nicht für richtig, Kleinanleger ungefragt durch eine schleichende Entreichung über die Geldpolitik zur Mitfinanzierung solcher öffentlichen Aufgaben heranzuziehen. Intelligenter und fairer ist es, Sparer eine selbstbestimmte Mitfinanzierungsmöglichkeit anzubieten und sie so stärker an den wirtschaftlichen Chancen der Transformationsfinanzierung teilhaben zu lassen.

Wir tun das: Deutlich vor einer entsprechenden gesetzlichen Pflicht stellen wir in jedem Beratungsgespräch die Chancen nachhaltiger Geldanlagen dar – das ist inzwischen Standard bei den Sparkassen. Ab 25 EUR monatlich kann bei uns ein Anleger über die Deko durch Wertpapiersparen aktiv zum ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beitragen. Die Deko sorgt dann mit ihrer Expertise dafür, dass dieses Anliegen in den so finanzierten Unternehmen auch Wirklichkeit wird.

Gleichzeitig zeigt unser Barometer aber auch, dass Anleger mindestens die gleiche Sicherheit und möglichst sogar eine höhere Rendite als bei anderen Anlageformen erwarten. Die neue Regierungskoalition wäre deshalb gut beraten, einen sicheren Investitionsrahmen zu schaffen und solche Investitionen über steuerliche Anreize wie progressive Abschreibungen attraktiv zu machen. Ziel sollte auch hier sein: Faire wirtschaftliche Teilhabe möglichst vieler Menschen an den Chancen der ökologischen Transformation.

Eines ist mir dabei sehr wichtig:

Es kann nicht darum gehen, nur Investments in grüne Technologien zu tätigen. Entscheidend ist vielmehr, möglichst vielen Unternehmen den Weg zu mehr Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Deshalb müssen auch Unternehmen finanziert werden, die heute noch nicht nachhaltig sind, aber sich nachvollziehbar auf den Weg gemacht haben oder machen werden. Nur so wird es möglich sein, die ökologische Transformation auf eine breite Basis zu stellen. Und die brauchen wir, wenn sie ein Erfolg werden soll.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.